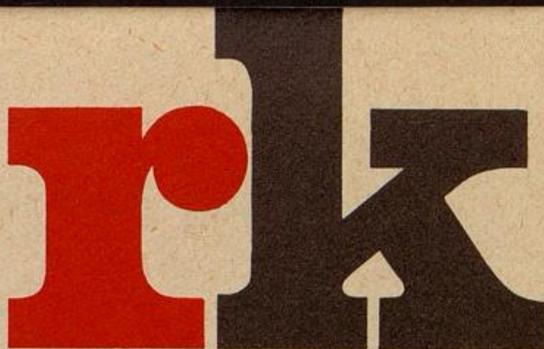


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 5. März 1980

Blatt 538

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet: Wiener Frühjahrsmesse 1980: 3.423 Firmen stellen aus
(violett)

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Großes Interesse für Kunststoff-Rückgewinnung
Neuer Flächenwidmungsplan für Simmering
Nittel: Neue Reichsbrücke am 9. November
Dr. Wilfling verläßt Gemeindedienst
Bürgerinitiative Flötzersteig im Rathaus
Zweite Informationsveranstaltung Storchengrund

Lokal:
(orange)

Schieder: Eissler kein politischer Fall
Hetzendorfer Modereise durch Österreich

Nur
über FS:

5.3. Zigarettenrest als "Brandstifter"
Textilgroßhandlung im Flammen
Kaisermühlendamm gesperrt
Ausstellung Vergnügungsetablissemments am Alsergrund

.....
bereits am 4. maerz 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

w i r t s c h a f t :

=====

wiener fruehjahrsmesse 1980: 3.423 firmen stellen aus

11 wien, 4.3. (rk) auf der 111. wiener internationalen messe, die vom 12. bis 16. maerz auf dem messegelaende im prater stattfindet, werden 3.423 firmen aus 31 nationen ihre neuesten erzeugnisse der oeffentlichkeit praesentieren. bei der messe-pressekonferenz am dienstag charakterisierte generaldirektor dkfm. alfred h i n t s c h i g die heurige wiener fruehjahrsmesse als eine mehrbranchenmesse mit mehreren integrierten fachausstellungen und sonderschauen. von den ausstellern stammen 1.770 aus oesterreich, 1.653 firmen kommen aus dem ausland. von den auslaendischen firmen sind 650 in der bundesrepublik deutschland, 298 in italien, 115 in frankreich, 101 in der schweiz und 90 in grossbritannien beheimatet.

das neue struktursystem 'messen in der messe' ist sowohl bei den ausstellern wie auch bei den besuchern gut angekommen. neben der oesterreichischen moebelfachmesse 'moebel '80' und 'zweirad '80' gibt es heuer zwei weitere fachmessen: die 'nutzfahrzeug '80' und die 'intercargo '80'. erstere zeigt in der halle 32 und auf dem freigelaende nutzfahrzeuge aller art ab 3,5 tonnen gesamtgewicht, ausgenommen autobusse. die 'intercargo sipssn ebenfalls in halle 32 und auf dem freigelaende situiert, wird einen umfassenden ueberblick ueber speditionsbetrieb, containerverkehr, umschlaggeraete, verladehilfsmittel, autokraene, hubanlagen und absetzrahmen geben.

bereits am 8. maerz oeffnet die oesterreichische moebelfachmesse, allerdings nur fuer fachinteressenten, um dann am 12. maerz in die fruehjahrsmesse, die bundespraesident dr. rudolf k i r c h s c h l a e g e r eroeffnen wird, ueberzugehen. die

'moebel '80'' umfasst die hallen 1 bis 9 sowie 12 und 14, in denen fast 200 aussteller - darunter firmen aus der bundesrepublik deutschland, frankreich, italien und polen - auf einer flaeche von rund 35.000 quadratmeter ihre erzeugnisse zeigen werden. der schwerpunkt dieser fachmesse liegt eindeutig im trend zur haeuslichen sphaere als den ruhigen, von umwelteinfluessen und -belastungen abgeschirmten pol. massivholz statt spanplatten, individuell gestaltete moebelgruppen und umfangreiche sonderausstattungen praegen das bild der kommenden wohnungseinrichtungen.

die ''zweirad '80'', die fachausstellung fuer zweiraeder und zubehoer, ist bereits ab dem 8. maerz fuer die allgemeinheit geoeffnet und wird heuer in den hallen 26 und 27 im erdgeschoss stattfinden. die baufachausstellung ''bauen und heizen'', die auch schwimmbecken, saunas und musterhaeuser umfasst, stellt den groessten einschlaegigen fachmarkt oesterreichs dar. in halle 33 und auf dem ostgelaende haben anbieter, verarbeiter, wiederverkaeufer und besucher, die selbst bauen oder ihr haus oder ihre wohnung verbessern wollen, gelegenheit, sich ueber die marktlage voll und ganz zu informieren.

sonderschauen der landwirtschaft befassen sich heuer speziell mit dem rohstoff holz, wobei besonders auf die waermedaemmenden eigenschaften beim bau und auf die bedeutung als energietraeger bezug genommen wird. bei ''ferien am bauernhof'' wird schwerpunktmaessig die wachau herausgestellt und die vielfalt der urlaubs-moeglichkeiten in diesem gebiet gezeigt. (we)

k o m m u n a l :

=====

grosses interesse fuer kunststoff-rueckgewinnung

3 wien, 5.3. (rk) im juni beginnt in wien die kunststoffrueckgewinnung aus plastikabfaellen. die kuerzlich dafuer gegruendete gesellschaft wird jaehrlich bis 2.500 tonnen planstikabfaelle verarbeiten.

ein ueber erwarten grosses echo registriert die wiener kunststoffrueckgewinnungsgesellschaft nach der ersten praesentation ihres verfahrens in der oeffentlichkeit. rund ein dutzend firmen - vor allem aus der verpackungs- und textilbranche - offerierten der krg bereits ihre plastikabfaelle, die bisher zum grossteil in den abfall wanderten.

die kunststoffrueckgewinnungsgesellschaft wird diese firmen in ihr sammlungsmodell einbeziehen und die bisher ungenuetzten abfaelle mithilfe eines sammelfahrzeugs oder mittels presscontainern in ihr werk in simmering zur wiederverwertung bringen.

die krg ist nicht nur in der lage, plastikabfaelle, wie sie bei der verarbeitung oder in der verpackung anfallen, wieder in den produktionsprozess rueckzufuehren, sie kann mithilfe eines voellig neuen verfahrens auch den im hausmuell befindlichen kunststoff rueckgewinnen, reinigen und nach sorten trennen.

die erste der beiden produktionslinien, die derzeit in simmering entstehen, wird bis mitte juni den betrieb aufnehmen, der zweite produktionsstrang soll anfang august betriebsbereit sein.

die krg wird im jahr rund 2.000 bis 2.500 tonnen kunststoff-abfaelle aus dem wiener hausmuell verarbeiten und etwa ebenso viele plastikabfaelle, die von den sammelstellen angeliefert werden.

wiedergewonnener kunststoff, der qualitaetsmaessig allen anforderungen entspricht, kostet rund zwei drittel des neu produzierten kunststoffs. (wabvg)

k o m m u n a l :

=====

neuer flaechenwidmungsplan fuer simmering:
vorteile fuer neugebaeudesiedlung

4 wien, 5.3. (rk) vorteile fuer die bisherigen kleingaertner der neugebaeudesiedlung zwischen neugebaeudestrasse und simmeringer hauptstrasse bringt ein neuer flaechenwidmungs- und bebauungsplan: die widmung "gartensiedlung" ermoeoglicht eine bebauung bis zu 130 m2 grundflaeche der grundstuecke. der planentwurf 5615 liegt vom 6. maerz bis 3. april waehrend der amtsstungen montag bis freitag zwischen 7.30 uhr und 15.30 uhr in der magistratsabteilung 21, wien 1, rathaus, stiege 5, 2. stock, zimmer 413, zur oeffentlichen einsicht auf.

im bereich der gartensiedlung entlang der simmeringer hauptstrasse soll aus verkehrstechnischen gruenden eine ausfahrtsperre festgelegt werden. die widmung "schutzgebiet wald- und wiesenguertel" in bereichen noerdlich der neugebaeudestrasse soll auch in den neuen plan aufgenommen werden. statt der geplanten verlaengerung des wichseltalweges soll kuenftig nur ein fussweg vorgesehen werden. an der simmeringer hauptstrasse werden betriebsbaugebiete ausgewiesen. an der neugebaeudestrasse, oestlich der florian hedorfer strasse, soll ein "gemischtes baugebiet" ausgewiesen werden. ((and)

0850

k o m m u n a l :

=====

mittel: neue reichsbruecke am 9. november

7 wien, 5.3. (rk) der termin fuer die eroeffnung der neuen reichsbruecke steht nun fest: wie verkehrsstadtrat heinz n i t t e l mitteilte, wird die neue bruecke am 9. november fuer den verkehr freigegeben.

im rahmen eines pressegespraeches am diensttag abend kuendigte mittel ein umfangreiches programm fuer das heurige jahr an. zahlreiche groessere verkehrsbauwerke sollen im laufe des jahres 1980 fertiggestellt beziehungsweise in betrieb genommen werden:

die u-bahn-linie u 2 zwischen karlsplatz und schottenring wird voraussichtlich am 30. august den betrieb aufnehmen. ende oktober erfolgt die verlaengerung der linie u 4 (derzeit heiligenstadt - karlsplatz) nach meidling. bereits ende september wird die strassenbahnlinie '64' bis siebenhirten fertiggestellt. ebenfalls noch heuer - voraussichtlich im november - wird die strassenbahnlinie '67' bis zum froedenplatz fahren. eine verbesserung gibt es auch fuer die fahrgaeste der stadtbahn: die neue station thaliastrasse wird ende september ihrer bestimmung uebergeben. die ersten neuen stadtbahngarnituren ('emil 6') werden noch heuer im fahrgastbetrieb eingesetzt. bis 1984 sollen diese modernen zweirichtungswagen die alten stadtbahngarnituren schrittweise ersetzen.

auch auf dem strassen- und brueckenbausektor stehen im herbst wichtige ereignisse bevor: ende oktober wird die kreuzungsfreie verbindung von der nordbruecke ueber die prager strasse zur bruenner strasse fuer den verkehr freigegeben, und auch der eroeffnungstermin fuer die neue reichsbruecke steht bereits fest: 9. november.

(ger)

0945

k o m m u n a l :

=====

dr. wilfling verlaesst gemeindedienst

8 wien, 5.3. (rk) der bisherige bereichsleiter fuer die magistratsabteilungen des gesundheitswesens, dr. siegfried wilfling, hat buergermeister leopold gratz aus privaten gruenden ersucht, ihn von dieser funktion zu entbinden. er uebernimmt eine leitende aufgabe in einem groesseren unternehmen, das sich im besitz seiner familie befindet.

buergermeister gratz erklaerte in einem brief an dr. wilfling, dass er diese mitteilung mit bedauern zur kenntnis nehme. er dankte ihm fuer seine sechsjaehrige arbeit an der reorganisation der krankenanstalten. buergermeister gratz ersuchte dr. wilfling, seine grossen kenntnisse auf dem gebiet des krankenhauswesens als konsulent weiterhin der stadt wien zur verfuegung zu stellen. dr. wilfling erklaerte sich dazu bereit. (sti)

1220

k o m m u n a l :

=====

buengerinitiative floetzersteig im rathaus

12 wien, 5.3. (rk) waehrend der sitzung des wiener Land-
tages ueberreichten vertreter der buengerinitiative floetzersteig
foehrenbaeumchen an oevp Landeshauptmann-stellvertreter dr.
b u s e k , an stadtrat h a t z l und an labg. dr.
h i r n s c h a l l . stadtrat hatzl wies in vertretung des
buengermeisters darauf hin, dass eine endgueltige entscheidung
ueber den ausbau der floetzersteig-bundesstrasse von den
wienern bei der volksbefragung selbst getroffen wuerde. diese
entscheidung der wiener bevoelkerung sei fuer weitere beschluesse
im rathaus bindend. fuer diskussionen ueber den ausbau der floetzer-
steig-bundesstrasse sei stadtrat nittel immer wieder zur verfuegung
gestanden. (ba)

1310

L o k a l :

=====

schieler: eissler kein politischer fall

13 wien, 5.3. (rk) der vertreter des landes wien im orf-kuratorium, stadtrat peter s c h i e d e r , stellte mittwoch zu den behauptungen des oevp-abg. heribert s t e i n b a u e r fest, dass es weder dem orf noch der wahrheit dienlich sei, aus der abberufung des leiters der wiener redaktion max e i s s l e r und der neuausschreibung des wiener chefredakteurs eine politische affaere machen zu wollen.

schieler verwies darauf, schon der orf habe diensttag nachmittag mit seiner pressemitteilung eindeutig festgestellt, dass in den letzten jahren drei chefredakteure - wesentlich wichtigere als max eissler - ihren posten gewechselt haben, ohne dass parteipolitische aufregung darueber entstanden waere.

schieler meinte auch gegenueber der ''rathaus-korrespondenz'', dass die berichterstattung ueber wien in den entsprechenden fernsehsendungen nicht der groesse und bedeutung des bundeslandes wien und der bundeshauptstadt entsprochen haetten. sollte durch die neuausschreibung des chefredakteurs auch die moeglichkeit eroeffnet werden, mehr ueber die fragen wiens in den entsprechenden sendungen des fernsehens zu berichten, dann wuerde dies von seiten des landes wien sehr begruesst werden. zu den bemuehungen von generalintendant gerd b a c h e r , auch fuer eine bessere berichterstattung aus den laendern zu sorgen, erklaerte stadtrat schieler, er verfolge diese bereitschaft des generalintendanten mit interesse und genugtuung. (red)

1313

L o k a l :

=====

hetzendorfer modereise durch oesterreich

14 wien, 5.3. (rk) die modeschule der stadt wien hat sich zum thema "baumwoll - druckstoff" eine besondere aufgabe gestellt: trachtenstoffe haben in oesterreich eine lange tradition. das dirndl ist schon immer ein "textiler botschafter" oesterreichs gewesen: auslaendische urlauber kaufen in verstaerktem masse dirndl aus oesterreich als souvenir. das hat die hetzendorfer modeschule und die vorarlberger firma franz m. rhomberg dazu angeregt, aus alten mustern und stilelementen der echten dirndl, aber aus neuen stoffen, eine hochmodische aktuelle kollektion zu gestalten. damit die tradition gepflegt und schwierige handarbeiten nicht vernachlaessigt werden, wurde fuer jedes bundesland ein originaldirndl entworfen. die idee hatte aber nicht nur die modeklasse inspiriert, auch die anderen fachabteilungen wirkten mit und entwarfen accessoires und dekorationen. in form einer reise durch die bundeslaender wurden die dirndl, aber auch modelle fuer haus, freizeit und sport gezeigt, die bewiesen, was man alles aus diesen baumwollstoffen mit viel phantasie und jugendlichem schwung zaubern kann. (mf)

1316

k o m m u n a l :

=====

zweite informationsveranstaltung storchengrund:

"vorschlaege zur stadterneuerung"

15 wien, 5.3. (rk) "vorschlaege zur stadterneuerung" ist der titel der zweiten informationsveranstaltung im stadterneuerungslokal storchengrund, 15, sechshauser strasse 23. sie dauert vom 11. bis 29. maerz und ist dienstag, donnerstag und samstag zwischen 9 und 13 uhr, mittwoch und freitag zwischen 12 und 19.30 uhr geoeffnet.

auf dem storchengrund im 15. bezirk zwischen sechshauser strasse, heinickegasse, rauchfangkehrergasse, hofmoklgasse, pillergasse, linke wienzeile, tiefenbachgasse und stiegergasse konnten die vorbereitenden untersuchungen zur stadterneuerung abgeschlossen werden. die bevoelkerung soll die ergebnisse nun in einer zweiten informationsveranstaltung kennenlernen, eigene anregungen beitragen und motiviert werden, selbst engagiert an der assanierung mitzuwirken.

bevoelkerung und planer sollen gemeinsam beraten, was in zukunft auf dem storchengrund besser und schoener gemacht werden kann, zum beispiel: neue verkehrsorganisation, verkehrsberuhigte zonen und mehr lebensqualitaet, neuer bebauungsplan (er regelt zum beispiel die hoehen der gebaeude, die bebauungsdichte, die verteilung von wohnungen und arbeitsstaetten), vorschlaege fuer neubebauungen, zusammenfassung der vorschlaege in einem erneuerungskonzept, finanzierungsmodelle.

bereits im fruehjahr sollen in der ortnergasse baeume gepflanzt werden. eine oeffentliche gruenflaeche ist an der stiegergasse geplant. ein teil der kuenstlergasse soll zur fussgaengerfreundlichen zone, die tiefenbachgasse vom durchzugsverkehr befreit werden.

eine erste informationsveranstaltung fand vom 17. april bis 8. mai statt. aus den untersuchungen und den gespraechen mit den bewohnern des storchengrundes hat sich folgendes gezeigt:

- 80 prozent der haeuser wurden vor 1918 errichtet
- 40 prozent der gebaeude weisen groessere schaeden auf

- 8 prozent der haeuser sind sogar baufaellig
- zwei drittel der wohnungen sind mangelhaft ausgestattet, nach heutigen masstaeben klein und schlecht belichtet
- im gesamten gebiet gibt es keine oeffentlichen und kaum private gruenflaechen
- dagegen verursachen die betriebe kaum stoerungen
- die versorgung mit oeffentlichen verkehrsmitteln wird als ausreichend bezeichnet
- zufriedenstellend ist auch die versorgung mit guetern des taeglichen bedarfs
- schulen und andere bildungseinrichtungen stehen genuegend zur verfuegung.

aufgrund von anregungen der bewohner des storchengrundes wurden erste sofortmassnahmen gesetzt: zwei entruempelungsaktionen, anbringen von papierkoerben, gehsteigreparaturen, erste schritte gegen die belaestigungen durch den verkehr usw. wesentliche verbesserungen sollen nun im rahmen einer zweiten informationsveranstaltung im stadterneuerungslokal diskutiert werden. (and)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (1)

9 wien, 5.3. (rk) der wiener landtag trat mittwoch unter dem vor-
sitz des ersten landtagspraesidenten hubert p f o c h (spoe)
zu einer sitzung zusammen.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von labg. dr.
h i r n s c h a l l (fpoe), wie er den vorschlag von landes-
hauptmann-stellvertreter c z e t t e l ueber die verwendung
des unverbauten grundstueckes am ballhausplatz beurteilt, ant-
wortete landeshauptmann g r a t z (spoe), dass er den vor-
schlag bemerkenswert findet. er wird jedoch nicht empfehlen, dem
vorschlag naeher zu treten. auf die e r s t e z u s a t z -
f r a g e , ob von niederoesterreich in der vergangenheit an-
regungen zu einer gemeinsamen loesung gemacht wurden, antwortete
gratz, dass von der niederoesterreichischen landesregierung wegen
eines verkaufes kein kontakt erfolgt ist. kontakte gab es in
architektonischen fragen wegen einer moeglichen verbauung. die
neuen eigentuemer haben das grundstueck der stadt wien zum kauf
angeboten. die stadt wien hat keine absicht, ein buerogebaeude
zu errichten und auch ein park erscheint, hundert meter vom volks-
garten entfernt, nicht notwendig. auf die z w e i t e z u -
s a t z f r a g e , ob gegen die realisierung des am stephans-
platz ausgestellten projektes keine einwaende bestehen, antwortete
gratz, dass die stadt wien im verfahren sehr korrekt vorgehen wird.
wenn die gesetzlichen bestimmungen erfuehlt werden, wird eine be-
hoerdliche genehmigung erteilt.

auf die z w e i t e a n f r a g e von labg. dkfm.
b a u e r (fpoe), welche massnahmen zur sicherung des daten-
schutzes beim einsammeln der haushaltslisten und der ausgabe der
lohnsteuerkarten geplant sind, antwortete landeshauptmann
g r a t z , dass das bisher uebliche verfahren fuer ganz oester-

reich ueberdacht werden muss. unter der fuehrung des bundeskanzleramtes werden derzeit vorschlaege ausgearbeitet, die dem datenschutz rechnung tragen sollen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , in welche richtung die eingeleiteten massnahmen gehen, antwortete gratz, dass derzeit noch keine konkreten massnahmen vorliegen. auf jeden fall muss dem erfordernis der geheimhaltung rechnung getragen werden. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob die haushaltslisten und die lohnsteuerkarten nicht in verschlossenen kuverts uebergeben werden koennten, antwortete gratz, dass auch in diesem falle missbrauch moeglich ist.

auf die d r i t t e a n f r a g e von labg. f u e r s t (oevp), ob die wiener polizei gut ausgeruestet ist, antwortete landeshauptmann gratz, dass nach seiner kenntnis die bundespolizeidirektion und das innenministerium alle anstrengungen unternehmen, um die aufgaben in wien zu erfuehlen. beim personal konnte der rueckklaeufige trend gestoppt werden. derzeit laeuft eine spezialausbildung zur suchtgiftbekaempfung und eine zur verhinderung von bankueberfaellen. in technischer hinsicht ist die vollmotorisierung weitgehend erreicht, die zahl der funkgeraete wurde stark erhoeht, und es sind hubschraubereinsaetze moeglich. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob ihm bekannt ist, dass im jahr 1979 von 76 bezirkstreifenwagen maximal 54 im einsatz waren, dass am 4. februar dieses jahres im 2. bezirk von vier streifenwagen nur einer einsatzfaehig war, und dass beim bankueberfall in hadersdorf nicht ein funkstreifenwagen aus penzing, sondern aus hietzing im einsatz war, antwortete gratz, dass ihm diese tatsachen, soweit sie aus der anfragebeantwortung des innenministers hervorgehen, bekannt sind. bei einem einsatz kommt es darauf an, dass ein funkstreifenwagen rasch zur stelle ist, und nicht darauf, aus welchem bezirk er kommt. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob die stadt wien gelder zur beseitigung der technischen ausruestungsmaengel zur verfuegung stellen wird, antwortete gratz, dass nach der finanzverfassung jede gebietskoerperschaft ihre aufgaben mit ihren eigenen mitteln erfuehlen muss. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (2)

fragestunde (forts.)

10 wien, 5.3. (rk) auf die v i e r t e a n f r a g e von Labg.dipl.-ing.dr. p a w k o w i c z (fpoe), welche gesetzliche massnahmen er vorschlagen werde, um eine erweiterung bestehender tankstellen in wohngebieten zu verhindern, antwortete stadtrat n e k u l a (spoe), dass von der magistratsabteilung 64 ein gesetzentwurf ausgearbeitet wurde. der rohentwurf befindet sich derzeit in der magistratsdirektion-baudirektion zur stellungnahme. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach dem termin fuer die beabsichtigte novellierung sagte nekula, dass er derzeit noch keinen termin nennen koenne, weil zahlreiche dienststellen eingeschaltet werden muessen und das gesetz auch in zukunft halten soll. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob er die gefahren durch eine erweiterung von tankstellen sehe, erklarte nekula, dass er sich der problematik bewusst sei. deshalb wurde auch die ma 64 angewiesen, eine entsprechende gesetzliche regelung auszuarbeiten.

die f u e n f t e a n f r a g e von stadtrat dr. g o l l e r (oevp) nach den erfahrungen mit dem datenschutzgesetz beantwortete stadtrat n e k u l a mit dem hinweis dass dieses gesetz seit 65 tagen in kraft sei. eine buergerin machte bisher davon gebrauch. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob der magistrat einer hundertprozentigen auskunftspflicht nachkommen koenne, antwortete nekula, dass dies technisch moeglich sei. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob es geheime kartellen gebe, ueber die keine auskunft erteilt wird, antwortete nekula, dass es erlaesse gebe, die bestimmte persoenliche daten schuetzen.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von Labg. m r k v i c k a (spoe), welche zielsetzungen die beabsichtigte novellierung des anzeigenabgabegesetzes beinhalte, antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass die abgabepflicht auf entgeltliche anzeigen, die in wien verbreitet werden, ausgedehnt wird. derzeit

ist nur der erscheinungsort ausschlaggebend, was zu einer wettbewerbsunterschiedlichkeit fuehrt. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob eine mehrbelastung der abgabepflichtigen zu erwarten sei, antwortete mayr mit nein. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , welche massnahmen gegen eine mehrfachbesteuerung getroffen werden, erklarte mayr, dass der steuerpflichtige tatsaechlich geleistete abgaben in anderen gemeinden in abzug bringen koenne. (ger) (forts.)

1305

wiener landtag (3)

fragestunde (schluss)

11 wien, 5.3. (rk) auf die s i e b e n t e a n f r a g e von labg. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) nach der beurteilung der luftsituation in wien, antwortete stadtrat s c h i e d e r (spoe), dass sich die luftsituation wiens durch die kalorischen kraftwerke nicht verschlechtert habe. messungen, die seit 1968 durchgefuehrt werden, haben gezeigt, dass der gehalt des schwefeldioxids nicht gestiegen sei. bei der bewilligung neuer anlagen muessen eine reihe von vorschriften eingehalten werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob stadtrat schieder bekannt sei, dass die wiener elektrizitaetserzeugung und die fernwaermeversorgung die spitzenverschmutzer der stadt seien, antwortete schieder, dass er diese frage an hand von untersuchungen ueberpruefen werde. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach der luftsituation bei einem turbinenausfall, antwortete schieder: "zuschalten oder abschalten."

auf die a c h t e a n f r a g e von labg. e m e r l i n g (spoe), wieviele junge Ehepaare in den letzten jahren eine genossenschaftswohnung erworben haben, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass es in den jahren 1977 und 1978 3.783 junge Ehepaare waren. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e antwortete hatzl, dass die durchschnittliche nutzungsflaeche der bezogenen wohnungen 78 quadratmeter betrug.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach der zahl der vormerkungen, stellte hatzl fest, dass es ende 1979 etwa 3.000 vormerkungen junger ehapaare fuer genossenschaftswohnungen gab.

auf die n e u n t e a n f r a g e von labg. dkfm. a m m a n n (oevp), wann eine novelle des wiener gasgesetzes angeregt werde, wonach die gemeinde wien die gasabzweigleitungen zu den haeusern in eigentum uebernimmt, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass die moeglichkeit einer derartigen novellierung derzeit ueberprueft werde. auf die e r s t e z u - s a t z f r a g e, ob es bereits einen ueberblick ueber die zukuenftigen probleme gaebe, sagte nittel, dass zum beispiel das wiener gasnetz beträchtlich erweitert werden muesse und die kosten, die ein derartiges gesetz mit sich braechte, beträchtlich seien. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach einer verkuerzung von gasreparaturen, antwortete nittel, dass auch dieses problem derzeit ueberprueft werde. (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (4):

dringliche anfrage

16 wien, 5.3. (rk) die oevp hat eine d r i n g l i c h e a n f r a g e zu eventuellen kompetenzverschiebungen beim umweltschutz eingebracht. sie wird vor schluss der sitzung behandelt. zwei oevp-antraege betreffen die wiedereinfuehrung der sendung der bezirksvorsteher und ein luftreinhaltegesetz.

folgende wahlen wurden durchgefuehrt: immunitaetskollegium - labg. ing. h o f s t e t t e r (spoe), unvereinbarkeitsausschuss - labg. dr. k r a s s e r (oevp), landessportrat - labg. l u d w i g und labg. l u s t i g (beide spoe).

vereinbarung ueber energieeinsparung

stadtrat n e k u l a (spoe) legte dem landtag den abschluss einer vereinbarung zwischen dem bund und den laendern ueber die einsparung von energie zur beschlussfassung vor.

labg. p a w k o w i c z (fpoe) bezeichnete die vereinbarung als ersten schritt, um die angespannte lage auf dem energiesektor zu entschaerfen. es gebe darin gute ansaetze, wie etwa die individuelle heizkostenabrechnung. wichtig sei es jedoch, konzepte zum energiesparen durchzusetzen. der anteil der endenergie an der primaerenergie muesse verbessert werden - die kraft-waermekupplung sei ein erster schritt in diese richtung.

als versaeumnis bezeichnete pawkowicz die fehlende kontrolle der gesetzlich vorgeschriebenen baubestimmungen. der einsatz einer thermovisionskamera waere dazu noetig. die in der vorgelegten vereinbarung vorgesehene kennzeichnung des energieverbrauchs von haushaltsgeraeten sei begruessenswert.

insgesamt sei die vereinbarung als erster schritt eines umdenkens zu bezeichnen, doch seien flankierende massnahmen noetig, damit die vorgesehenen massnahmen in die realitaet umgesetzt werden koennen. die fpoe wird dem gesetz zustimmen.

labg. a m m a n n (oevp) nannte die sichere und wirtschaftliche versorgung mit energie als ziel der diesbezuglichen politik. vor allem sei noetig, eine stabilisierung des verbrauchs zu erreichen, und zwar durch regenerierbare energiequellen und rationelle nutzung der energie. die falsche verwendung und vergeudung von energie muesse aufhoeren. die vorliegende vereinbarung sei zu begruessen, doch komme sie schon sehr spaet fuer die energiepolitische lage. vorschlaege der oevp zu diesem thema wie der energiesparfonds zur energiemassigen sanierung der althaeuser oder der energiesparbeirat seien bis jetzt von der spoe abgelehnt worden. in bezug auf die fernwaerme oder auf das energiesparende verkehrssystem des park and ride gebe es kein konzept. es duerfe in zukunft keinen aufschub gesetzlicher bestimmungen bezueglich des energiesparens geben. bedenklich nannte ammann den umstand, dass dem wiener energiekonzept nach wie vor ein exzessiver energieverbrauch zugrunde liege. der dementsprechende ausbau von kraftwerken wuerde in einen teufelskreis fuehren. notwendig seien klare politische entscheidungen, ein prioritaaetenkatalog und ein mittelfristiger finanzplan. das gesetz, dem die oevp zustimmen werde, sei ein erster schritt eines notwendigen weges. (gab)

ein umdenken in der bevoelkerung zum energiesparen kann nur gemeinsam von allen parteien erreicht werden, erklaerte labg. h i r s c h (spoe). ein absenken der raumtemperatur in den wohnungen um zwei grad laesst sich vom rednerpult aus leicht fordern, die durchfuehrung ist aeusserst schwierig. die nun vorliegende vereinbarung ist ein erster notwendiger schritt dazu.

oesterreich ist in der primaerenergie sehr stark vom ausland abhaengig. die von der sozialdemokratischen bundesregierung betriebene vernuenftige neutralitaetspolitik ist der beste garant fuer eine gesicherte energieverversorgung. unter einem bundeskanzler klaus oder mock waere es wahrscheinlich zu einer katastrophe gekommen.

stadtrat n e u s s e r (oevp) bezeichnete die "katastrophenprophezeihung" von labg. hirsch als "billige behauptung", die durch nichts beweisbar ist. um energie sparen zu koennen, muessten

die bauordnung, die gewerbeordnung und das arbeitsinspektorengesetz novelliert werden. stadtrat neusser stellte den a n t r a g , dass die durch waermedaemmung hervorgerufenen erhoeheten kosten in wohnbauten nicht aus der wohnbaufoerderung, sondern aus dem bundeszuschlag zur mineraloelsteuer finanziert werden sollten. eine finanzierung aus der wohnbaufoerderung wuerde zu einer einschraenkung des wohnbauvolumens fuehren.

stadtrat neusser verwies noch darauf, dass wien gerade bei der stromerzeugung auf die teuerste produktion angewiesen ist und dass dadurch die wiener wirtschaft gegenueber anderen bundeslaendern echt benachteiligt ist. (sei) (forts.)

1425

wiener Landtag (5):

vereinbarung (schluss)

17 wien, 5.3. (rk) so oft wie die oevp ihre meinung in energiefragen schon geaendert hat, ist es nicht moeglich, kraftwerke neu- oder umzubauen, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). entscheidend ist aber nicht die meinung der oevp, sondern das urteil der wiener, ob die stadtverwaltung bei der energieverversorgung richtig gehandelt hat. es stimmt nicht, dass das kraftwerksausbauprogramm an den maximalen steigerungsprognosen orientiert ist. das ausbauprogramm wird staendig der tatsaechlichen entwicklung angepasst. so wird zum beispiel die fuer 1982/83 als moegliche zwischenloesung gedachte 100 mw-turbine wahrscheinlich nicht gebaut werden.

die stromproduktionskosten sind in wien hoeher, weil hier zwei drittel auf kalorischer basis erzeugt werden. nittel erinnerte daran, dass stadtrat m a y r schon mehrmals einheitliche energiepreise in oesterreich zur diskussion gestellt hat.

20 prozent des energieverbrauchs entfallen auf den sektor verkehr, 40 prozent auf die raumheizung. diese relation zeigt auch die wirksamkeit von einsparungsmoeglichkeiten. wunder gibt es dabei nicht. die devise muesse lauten: rationeller einsatz von energie

ohne verzicht auf lebensstandard. nittel wiederholte sein angebot zur zusammenarbeit auf diesem gebiet.

stadtrat n e k u l a (spoe) verwies in seinem schlusswort auf die moeglichen folgen fuer die umweltsituation bei verwendung minderwertiger energietraeger wie etwa braunkohle. die e-werke mussten aufgrund ihrer anschlussverpflichtung bisher auch extreme verbrauchssteigerungen beruecksichtigen. noch in der heutigen sitzung des landtages wird ein gesetz beschlossen werden, dass die e-werke erstmals in die lage versetzt, bei sinnloser energieverwendung "nein" zu sagen. nekula erklaerte, dass auch die gowerbeordnung, die dampfkesselordnung und das arbeitsinspektoratsgesetz zu ueberdenken und zu ueberpruefen seien.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. der oevp-antrag wurde zugewiesen. (ger)

1502

wiener landtag (6):

elektrizitaetswirtschaftsgesetz

18 wien, 5.3. (rk) ueber die novelle zum wiener elektrizitaetswirtschaftsgesetz referierte stadtrat n e k u l a (spoe). die wiener elektrizitaetswerke erhalten erstmals die moeglichkeit, bei zu hohem stromverbrauch von ihrer allgemeinen anschluss- und versorgungspflicht abstand zu nehmen. labg. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) begruesste im namen seiner fraktion diese novellierung, kritisierte jedoch das pauschale vorurteil gegen vollklimaanlagen. klimaanlagen seien nur dann energieintensiver als normale heizungen, wenn sie schlecht dimensioniert sind. in verbindung mit der ausnutzung von sonnenenergie seien nur vollklimaanlagen sinnvoll. bevor eine anlage abgelehnt wird, soll daher zuerst eine energiebilanz erstellt werden, beantragte pawkowicz. in seinem schlusswort stellte stadtrat nekula die genaue ueberpruefung jeder grossanlage durch die elektrizitaetswerke fest.

./.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. der
f p o e - a n t r a g wurde zugewiesen.

gasgesetz

eine novellierung zum wiener gasgesetz, die die ersatzvor-
nahme bei mangelhaften gasanlagen beinhaltet, beantragte stadtrat
n e k u l a (spoe). labg. h a u b e n b u r g e r (oevp),
kritisierte, dass die sanierung des gasrohrnetzes von der spoe
immer wieder hinausgezogert wird. im vorliegenden gesetzesentwurf
werde die gefahr, die durch jahrhundertalte rohrstraenge ent-
steht, verniedlicht. fuer gebrechen, die durch die umstellung auf
erdgas entstanden sind, werde nun der hauseigentuemmer zur kasse
gebeten. eine verfehlte mietenpolitik verhindert die bildung von
mietzinsreserven, auf die der hauseigentuemmer zurueckgreifen
koennte. alarmierend sei auch die hohe zahl der unfaele durch
schadhafte durchlauferhitzer. 1979 habe es 23 toedliche un-
faelle gegeben. ein beratungsdienst und ein "pickerl" seien zu
wenig. (ba)

labg. h e n g e l m u e l l e r (spoe) sagte, schon 1978
habe buergermeister gratz eine kreditaktion initiiert, um die
reparatur defekter gasanlagen zu ermoeglichen. die dadurch moeg-
liche sanierung sei oft an der fehlenden zustimmung der hausherren
gescheitert. wer aber solle etwa die steigleitungen sanieren, wenn
nicht der eigentuemer. die novellierung des gesetzes gibt nun die
handhabe zu erhoelter sicherheit. die moeglichkeit der ersatz-
vornahme, die sich nun bietet, sei ein grosser vorteil fuer die
bevoelkerung. die grosse anzahl von gasheizungen, die in der letzten
zeit installiert wurden, zeigte das vertrauen der wiener bevoelke-
rung zu dieser energieform. mit der gesetzesnovelle schaffe man
nun ein instrument, um der bevoelkerung erhoelte sicherheits-
garantien bieten zu koennen.

stadtrat n e k u l a (spoe) sagte, auch bisher haetten die
mieter - nicht der hausherr - instandhaltungen der gasanlagen auf

dem weg des paragraph 7 bezahlt. die gesetzesnovelle liege im interesse der mieter um erhoelte sicherheit.

a b s t i m m u n g : e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

gleichbehandlung von frau und mann

stadtrat n e k u l a (spoe) brachte die vorlage des gesetzes ueber die gleichbehandlung von frau und mann bei der festsetzung des entgeltes im bereich der land- und forstwirtschaft ein. das gesetz garantiert frauen, die in diesem bereich arbeiten, den gleichen lohn wie den maennern.

a b s t i m m u n g : e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

(gab) (forts.)

1507

wiener landtag (7):

novelle kanalgebuehrengesetz

19 wien, 5.3. (rk) stadtrat m a y r (spoe) beantragte als berichterstatter, dass nicht nur fuer eigentuemer von einfamilien- und reihenhaeusern, sondern auch fuer mieter solcher objekte eine pauschale herabsetzung der abwassergebuehr moeglich ist.

labg. a r t h o l d (oevp) und labg. ing. h o f - s t e t t e r (spoe) begruessten die novellierung des gesetzes.

a b s t i m m u n g : e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

aenderung des wiener krankenanstaltengesetzes

eine aenderung des wiener krankenanstaltengesetzes wurde ohne debatte und einstimmig beschlossen. (berichterstatter: stadtrat univ.prof.dr. s t a c h e r (spoe) . die aenderung sieht unter anderem die einfuehrung eines sicherheitsbeauftragten in den spitaelern vor.

wiener sozialhilfegesetz

stadtrat univ.prof. dr. s t a c h e r (spoe) referierte ueber eine zweite novelle des wiener sozialhilfegesetzes, nach

der aelteren und behinderten bewohnern in wohnheimen mitwirkungsrechte beim betrieb des hauses eingeraeumt werden sollen.

labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass das gesetz zu wenig ueber art und durchfuehrung dieser mitwirkungsrechte aussage. die bewohner von pflegeheimen wuerden aehnliche mitwirkungsrechte am notwendigsten brauchen. eine wahl von heimvertretern ist in diesem falle nicht moeglich. man koennte jedoch sozialarbeiter mit dieser aufgabe betrauen. (sei)

stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp) stellte die frage, ob die armut wirklich ausgerottet sei. zu einem menschenwuerdigen leben gehoert nicht nur das freisein von hunger, sondern auch die moeglichkeit, sich wohl zu fuehlen. kubiena schlug vor, auf den aufbau von persoentlichen beziehungen zwischen betreuer und betreutem mehr wert zu legen. materielle und ideelle armut gehen oft hand in hand. soziale hilfsdienste sind notwendig, aber auch kostspielig. es sei unverstaendlich, dass man auf angebote zur nachbarschaftshilfe nicht eingeht. im burgenland etwa basiert die sozialhilfe auf der institutionalisierten nachbarschaftshilfe.

es waere zumindest einen versuch wert, in den pflegeheimen eine vertretung aus den patientenkreisen zu konstituieren. ein ombudsmann koennte an ort und stelle die wirklichen beduerfnisse feststellen. wir muessen auch jenen, die sich nicht ausdruecken koennen, gelegenheit geben, ihre anliegen an jene heranzubringen, welche die probleme loesen koennen, schloss kubiena.

die vorliegende novelle ist ein schritt, um auch alten menschen gesetzliche mitwirkungsмоeglichkeiten zu sichern, erklarte labg. d i n h o f (spoe). das gesetz beruecksichtigt die erfahrungen, die in den pensionistenheimen gemacht wurden. da die ergebnisse in den verschiedenen heimen zum teil unterschiedlich sind, raeumt das gesetz den traegern dieser einrichtungen die moeglichkeit ein, die wahlen so durchzufuehren, wie es den bewohnern adaequat ist. dinhof regte an, die institution der pflegeheimkommission wieder einzufuehren. er wies darauf hin, dass man mit dem kontaktbesuchsdienst eben jene menschen erreiche, die sich schaemen, irgendwo hinzugehen und ihre armut einzugestehen. (ger)

die novelle sei ein weiterer schritt zur verbesserung der selbstbestimmung in pflegeheimen, stellte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) in seinem schlusswort fest. es sei erfreulich, dass sich alle fraktionen, lediglich mit geringen unterschieden, damit beschaeftigen, in welcher form man die sozialhilfe fuer die bevoelkerung weiter ausbauen koennte.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

unvereinbarkeitsgesetz

labg. s e e b o e c k (spoe) beantragte, die betaetigung von stadtrat n e k u l a (spoe) im aufsichtsrat der tauernkraftwerke-aktiengesellschaft und von stadtrat n i t t e l (spoe), im aufsichtsrat der oesterreichischen donaukraftwerke-aktiengesellschaft und der austro ferngas-aktiengesellschaft zu genehmigen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (8):

dringliche anfrage

20 wien, 5.3. (rk) die dringliche anfrage der oevp an umweltstadtrat s c h i e d e r zur geplanten aenderung der kompetenzen im bereich des umweltschutzes beinhaltet folgende punkte:

- 1 wie ist ihre stellungnahme zu dem vorhaben von bundesminister salcher zu einer aenderung der umweltschutzkompetenzen?
- 2 welche vorgangsweise werden sie betreffs der aenderungsvorschlaege vorschlagen?
- 3 sind sie bereit, dem landtag zur beratung die wahl einer kommission vorzuschlagen?
- 4 werden sie sich in zukunft fuer einen aktiveren umweltschutz einsetzen?
- 5 halten sie ihre derzeitigen kompetenzen fuer ausreichend?
- 6 haben sie die gesetzlichen moeglichkeiten im bereich des umweltschutzes voll ausgeschoefft.

labg. dr. k r a s s e r (oevp) sagte dazu, die notwendigkeit dieser anfrage ergebe sich aus dem aktuellen stand der planung auf bundesebene und aus der allgemeinen dringlichkeit der materie. gerade in der grosstadt sei dieses problem evident. dabei sei es in vielen bereichen besser, wenn die kompetenz nahe bei den problemen sei. es sollten also auch kompetenzen vom bund an die laender abgegeben werden. besonders dringlich sei die einfuehrung einer umweltvertraeglichkeitspruefung fuer grosse bauwerke wie muellverbrennungsanlagen, kalorische kraftwerke und hochleistungsstrassen. mit der dringlichen anfrage wolle man von stadtrat schieder informationen zu diesem problemkreis erhalten. (gab)

Landtagssitzung unterbrochen

nach der wortmeldung von labg. dr. k r a s s e r (oevp) erteilte dritter landtagspraesident otto s c h w e d a (spoe) stadtrat s c h i e d e r (spoe) zur anfragebeantwortung das

wort. darauf protestierte die oevp-fraktion heftig, weil nach einer anfragebeantwortung nach der geschaeftsordnung keine weitere wortmeldung mehr moeglich ist. landtagspraesident schweda erklarte, dass sich kein landtagsabgeordneter vor stadtrat schieder gemeldet habe, bloss nach schieder. nach der geschaeftsordnung sei dies nicht moeglich. von der oevp-fraktion wurde erklart, dass man im glauben, schieders wortmeldung sei keine anfragebeantwortung, sondern ein debattenbeitrag, debattenmeldungen nach stadtrat schieder abgegeben habe.

daraufhin wurde die sitzung auf wunsch der fraktionen unterbrochen.

wiederaufnahme der sitzung

Landtagspraesident s c h w e d a (spoe) erklarte nach einigen minuten die sitzung wieder fuer eroeffnet, und gab bekannt, dass stadtrat s c h i e d e r (spoe) von seiner wortmeldung zurueckgetreten sei, und erteilte stadtrat dr. m a u t h e (oevp) das wort. gleich zu beginn der rede verliess der grossteil der spoe-fraktion den saal, als stadtrat dr. mauthe dr. nenning zitierte, der der stadtverwaltung beim floetzersteig zynisches vorgehen vorwarf. stadtrat dr. mauthe begruesste die stellungnahmen des neuen gesundheitsministers dr. s a l c h e r zum umweltschutz. die von salcher vorgeschlagene umweltschutzanwaltschaft waere fuer wiener vorhaben wie den floetzersteig dringend notwendig. schon jetzt sind alle oekologen wiens gegen den floetzersteigausbau und eine solche anwaltschaft wuerde sicher gegen den ausbau stellung nehmen. (sei)

der umweltschutz muss zum uebergeordneten wertmasstab in unserer industriegesellschaft werden, forderte labg. dkfm. b a u e r (fpoe). die luftverschmutzung uebersteigt in wien zeitweise bereits die toleranzgrenzen. gewisse probleme des umweltschutzes sind nicht bundeslaenderweise, sind nicht einmal national, sondern nur international zu loesen. die fpoe bekennt sich zum foederalismus. aber das gemeinsame ganze darf darueber

nicht in frage gestellt werden. manche umweltschutzprobleme sind nur gemeinsam mit anderen bundeslaendern und dem bund loesbar. die fpoe begruesse es deshalb, dass die bundesregierung nun endlich aktiv zu werden scheint. es gibt allerdings auch umweltprobleme, die von den laendern selbst geloest werden koennen. dazu gehoert beispielsweise die luftverschmutzung durch staub und hausbrand. auf diesem gebiet sei bisher wenig geschehen. (ger)

eine aktive und gestaltende umweltpolitik forderte labg. a r t h o l d (oevp). der umwelt-stadtrat soll bereits bei der planung mitwirken und nicht im nachhinein nach ersatzloesungen suchen. der umweltschutz leide unter dem kompetenzstreit aller zustaeendigen. fuer simmering liege beispielsweise eine planung fuer eine bundesstrasse vor, in deren naehe ein wohnviertel entstehen soll. der umweltv-stadtrat wurde zu dieser planung nicht hinzugezogen. umweltfragen seien nur dann in den griff zu bekommen, wenn alle jene, die planen, bauen und gestalten, gemeinsam umweltbewusst handeln. positive umweltpolitik bedeute verzicht auf manches was bequem ist. (ba) (forts.)

1711

wiener landtag (9):

dringliche anfrage (forts.)

21 wien, 5.3. (rk) labg. o u t o l n y (spoe) sagte, er habe kein verstaendnis dafuer, wenn eine dringliche anfrage dafuer missbraucht werde, ein thema der kommenden volksbefragung zur sprache zu bringen. er sei nicht bereit, sich auf eine floetzersteig-debatte einzulassen. wenn es der oevp so ernst mit dem thema umweltschutz sei, so verstehe er nicht, dass der umweltsprecher der oevp, dipl.ing. ddr. strunz, seine zunaechst positive aussage zu den untersuchungen ueber das kohlekraftwerk tullnerfeld - anscheinend zugunsten der newag - geaendert habe. im uebrigen, sagte outolny, haette er von der oevp eine sachliche diskussion zu den vorschlaegen minister salchers erwartet und keine billige effekthascherei.

die spoe habe sich als erste partei in oesterreich mit dem umweltschutz auseinandergesetzt, und wien sei das einzige bundesland mit einer geschaeftsgruppe fuer umweltschutz. neue gesetzliche regelungen auf bundesebene seien notwendig, da die probleme des umweltschutzes wie luft- und gewaesserverschmutzung grenzueberschreitend seien. die sozialisten werden sich auch in fragen des umweltschutzes an die sozialen und humanen grundsaeetze halten, nach denen sie schon immer ihre politik ausgerichtet haben, schloss outolny. (gab) (forts.)

1727

wiener landtag (10):

dringliche anfrage (forts.)

22 wien, 5.3. (rk) landeshauptmann-stellvertreter dr. b u s e k (oevp) wandte sich gegen den vorwurf, die oevp missbrauche das instrument der dringlichen anfrage. offensichtlich will die mehrheit der oevp vorschreiben, wie die opposition ihre rechte wahrnimmt. die spoe taete gut daran, sich nicht einzumischen, welche fragen die oevp stellt.

die oevp ist von sorge erfuehlt, dass stadtrat schieder, der vor jahren mit schwung begonnen hat, sich nun nicht mehr durchsetzen kann. bestehende kompetenzen werden nicht genuetzt, so gibt es keinen smog-alarm-plan. nach wie vor werden im dicht verbauten gebiet keine gruenflaechen geschaffen - im gegenteil, man verbaut sie. in dieser stadt wird umwelt nicht ernst genommen. das umweltbewusstsein der bevoelkerung ist dem bewusstsein der politiker weit voraus. die spoe diskriminiert buergerinitiativen.

dr. busek trat abschliessend fuer eine umweltvertraeglichkeitspruefung bestimmter projekte in wien ein. (sei)

keine publikation des presse- und informationsdienstes stellt eine beeinflussung der bevoelkerung dar, erklarte labg. friederike seidl (spoe). die glaubwuerdigkeit der oevp sei in zweifel zu ziehen. so verlangte die oevp noch in ihrem verkehrskonzept vom februar 1978 die buendelung des verkehrs. die hietzinger oevp-bezirksvorsteherin bischof kritisierte, dass der floetzersteig noch nicht ausgebaut worden ist.

wien ist auf dem gebiet des umweltschutzes beispielgebend. das ergebnis der von der oevp initiierten befragung ueber die umweltbelastung durch das fernheizwerk spittelau war enttaeuschend. im 9. bezirk kamen von 29.500 haushalten nur rund 400 antworten, in waehring von 32.000 460. an der umwelterhebung der stadt wien im jahr 1973 beteiligten sich 86 prozent der haushalte. seidl gab der hoffnung ausdruck, dass sich moeglichst viele wienerinnen und wiener an der volksbefragung beteiligen werden, um ein repraesentatives ergebnis zu erhalten. (ger)

die zwiespaeltige haltung der spoe zu umweltschutzproblemen werde auch aus der volksbefragung zum ausbau der oeffentlichen verkehrsmittel ersichtlich, stellte labg. h a h n (oevp) fest. die rathausmehrheit habe jahrelang den ausbau der vorortelinie abgelehnt, waehrend sich die volkspartei seit jahrzehnten fuer umweltfreundliche massenverkehrsmittel eingesetzt hat. einen aehnlichen kompetenzstreit wie im rathaus gaebe es auch im parlament. umweltschutzkompetenzen sind in verschiedenen ministerien angesiedelt, aber ein oevp-antrag zur vereinheitlichung wurde von der spoe abgelehnt. bevor man angriffe auf die oevp starte, sollte man zuerst in den eigenen spoe-reihen koordinieren. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

dringliche anfrage (schluss)

23 wien, 5.3. (rk) stadtrat s c h i e d e r erklaerte in seinem schlusswort zum ersten punkt der dringlichen anfrage, er werde seine stellungnahme als ressortzustaendiger stadtrat fuer umwelt dann abgeben, wenn das land wien zu einer offiziellen stellungnahme aufgefordert werde. generell stehe er den bemuehungen minister salchers auf den gebieten des umweltschutzes positiv gegenueber und hoffe, dass diese nicht am laenderegorgismus scheitern. in bezug auf den naturschutz und den bereich der nationalparks sagte schieder, es sei hier kein anlass, von der kompetenz der laender und gemeinden abzugehen. dass landesgrenzen bei der regelung solcher fragen nicht hinderlich seien, zeige sich in der schaffung von gemeinsamen erholungsraeumen durch die laender wien, niederoesterreich und burgenland. zur frage der beseitigung gefaehrlicher abfaelle sagte schieder, das von ihm initiierte wiener sonderabfallgesetz falle insoweit in die zustaeendigkeit des landes, da die regelung der gesetzgebung nicht dem bund vorbehalten sei. es gebe keine sachmaterie "umweltschutz" in der bundesverfassung. der umweltschutz sei eng mit der jeweiligen sachmaterie, wie dem wasserrecht, dem gewerberecht, der strahlenschutzgesetzgebung oder den raumordnungsgesetzen verbunden. umweltschutz sei eine komplexe, flexible adhaesionsmaterie. zum luftsektor bemerkte schieder, diese frage draenge nach einer gesamtoesterreichischen loesung, da sie kein oertlich regelbares problem sei. einheitliche regelungen bezueglich der emissionsbegrenzung und immissionsabwehr seien noetig.

zur frage zwei sagte schieder, er werde bei der landeshauptleutekonferenz dem herrn landeshauptmann keine vorschlaege mehr machen muessen, da dieser die dinge schon vorher mit seinen mitarbeitern abspricht. bei der naechsten sitzung werde das dringende

verlangen wiens ueber eine vereinbarung zwischen laendern und bund ueber die herabsetzung des schwefelgehaltes im heizoel vorgebracht werden.

zu punkt drei sagte schieder, dass sich der gemeinderatsausschuss fuer umwelt und freizeit regelmaessig mit fragen des umweltschutzes beschaefte und auch schon mehrmals ueber fragen der kompetenzen des bundes und des landes wien berichtet worden sei. da alle mitglieder des ausschusses fachlich kompetent seien, sei es nicht noetig, eine eigene kommission des landtages mit diesen fragen zu befassen.

zu punkt vier bemerkte schieder, er bekenne sich zum aktiven umweltschutz. dies sei aus der taeglichen diesbezueglichen arbeit zu ersehen. neue fragen wuerden geprueft, neue methoden verwendet. generell bekenne er sich zur umweltvertraeglichkeitspruefung, die derzeit schon vielfach unter anderen bezeichnungen angewandt wird. dazu gehoeren bestimmungen der bauordnung ebenso wie luftmessungen, laermprognosen fuer strassen, wassergueteproe- fungen oder anderes mehr.

zur fuenften frage sagte schieder, die stadt wien kenne keine strikte kompetenzteilung wie der bund. in die zustaendigkeit der ihm unterstehenden ma 22 fallen:

- allgemeine und grundsuetzliche angelegenheiten des umweltschutzes.
- koordinierung der aktivitaeten auf dem gebiet des umweltschutzes.
- vergebung und betreuung von forschungs- und untersuchungsauftraegen auf dem gebiet des umweltschutzes im urbanen bereich.
- mitwirkung an untersuchungen und massnahmen anderer dienststellen auf dem gebiet des umweltschutzes.
- foerderungsmassnahmen auf dem gebiet des umwelt- und natur- schutzes einschliesslich der vergebung von subventionen.
- angelegenheiten des naturschutzes und der erhaltung des landschaftsbildes, insbesondere durch handhabung einschlaegiger rechtsvorschriften.

des weiteren unterstehen ihm auch die magistratsabteilung 42 mit der handhabung des kulturpflanzengesetzes und der kontrolle von gaertnerischen und landwirtschaftlichen produkten, die magistratsabteilung 44 als sachverstaendige in baederangelegenheiten,

die magistratsabteilung 45 mit allen ihren zustaendigkeiten fuer den wasserbau und der gewaesseraufsicht, sowie die magistratsabteilung 49 mit den forst- und jagdangelegenheiten, und die magistratsabteilung 68, die ja allgemein und speziell fuer den katastrophenschutz zustaendig ist.

zu punkt sechs sagte schieder, umweltschutzfragen seien in wien in zahlreichen gesetzen geregelt. dazu zaehlen die bauordnung und das garagengesetz ebenso wie etwa das baumschutzgesetz, das feldschutzgesetz oder das jagdgesetz. neben einer langen reihe von gesetzen nannte schieder auch verordnungen des landeshauptmanns, in denen ebenfalls fragen des umweltschutzes enthalten sind. seine aufgabe sei es, all diese gesetze und verordnungen auf den neuesten stand zu bringen und bei bedarf durch neue gesetze wie das luftreinhaltegesetz oder das naturschutzgesetz zu ergaenzen.

als beweis fuer effiziente umweltarbeit fuehrte schieder die prompte reaktion auf verunreinigungen im heustadelwasser durch giftige abwaesser an. die wasserrechtsbehoerde sei von dieser tatsache in kenntnis gesetzt worden, damit sie massnahmen setze, um die direkte einleitung der strassenabwaesser zu verhindern.

schieder betonte, dies sei nur ein beispiel der vielfaeltigen arbeit, die fuer den umweltschutz geleistet werde. die komplexitaet der materie erfordere eine intensive zusammenarbeit in diesen fragen, um die er immer bemueht war und auch in zukunft bemueht sein werde.
(gab) (schluss)

++ ende des sitzungsberichtes ++